

Hochwasser: Millionen für Grundbesitzer

Ein Beschluss des Landesgerichts Innsbruck lässt die Wogen hochgehen: Entschädigungen für Überflutungsflächen wurden massiv erhöht.

Innsbruck – Allein um die Unterländer Gemeinden vor Hochwasser zu schützen, werden 250 Millionen Euro investiert. Für einen notwendigen Hochwasserabfluss werden vor allem Grundstücke als Überflutungsfläche benötigt. Dass es Entschädigungszahlungen gibt, ist selbstverständlich. Doch diese werden jetzt massiv in die Höhe geschraubt.

Nach einem Beschluss des Landesgerichts Innsbruck wurde drei Bauern in St. Johann nämlich das Sechseinhalbfache des ursprünglichen Ausgleichsbescheids der Wasserrechtsbehörde gewährt. Statt 346.000 Euro erhalten sie satte 2,3 Mio. Euro für 24 Hektar Fläche. Das sind 40 Prozent des jeweiligen Liegenschaftspreises. Allein ein Landwirt bekommt 1,4 Mio. Euro.

Die Agrarflächen können größtenteils wie bisher bewirtschaftet werden, zusätzlich

werden alle Flurschäden und Ernteaufwände nach Überflutungen abgegolten. Detail am Rande: Auf einem Großteil der betroffenen Flächen bauen die Bauern nicht Agrarprodukte an, sondern Energiepflanzen für eine Biogasanlage.

Der Grundsatzbeschluss hat natürlich Auswirkungen auf weitere Verfahren, die öffentliche Hand muss künftig tief in die Tasche greifen. Der Obmann der Großachengensenschaft in St. Johann, Ernst Schwaiger, kritisiert jetzt massiv die Vorgangsweise und die Höhe der Entschädigungszahlungen. „Jedes Maß und Ziel wird aus den Augen verloren.“ Anders Bauernbundobmann und Agrarreferent LHStv. Josef Geisler (VP): „Die Entschädigungen sind gerechtfertigt und basieren auf nachvollziehbaren Gutachten.“ (pn)

Mehr auf Seite 4

Unmut über „Geldflut“ für Überflutungsflächen wächst

Millionen an Entschädigungen werden für Retentionsflächen gezahlt. Vor allem Bauern profitieren. Kritik an der Praxis des Landes wird immer lauter.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Hat das Land Tirol im Hochwasserschutz jedes Maß und Ziel aus den Augen verloren? „Ja“, sagt der Obmann der Großachengenosenschaft St. Johann und ehemalige Kirchdorfer Bürgermeister Ernst Schwaiger. „Die Entschädigungszahlungen für benötigte Überflutungsflächen stehen in keinem Verhältnis mehr zur möglichen Belastung der Grundflächen im Falle eines Hochwassers.“ Schwaiger ist mit seiner Genossenschaft Betroffener von massiven Zahlungen an drei Grundstücksbesitzer im Zusammenhang mit dem Hoch-



Die Reither Ache wurde für den Hochwasserschutz teilweise verrohrt, drei Bauern werden mit 2,3 Millionen Euro entschädigt.

Foto: Hotter

„Die Entschädigungszahlungen stehen in keinem Verhältnis mehr zu den möglichen Belastungen.“

Ernst Schwaiger
(Großachengenosenschaft)

wasserschutz an der Reither Ache in St. Johann. Die Bauern mussten ihre Grundstücke als Retentionsflächen zur Verfügung stellen.

„Ich bin froh, dass ich heuer als Obmann der Genossenschaft gehen kann. Wir haben kein Geld mehr, die Entschädigungen sind in dieser Höhe nicht mehr vertretbar“, kritisiert Schwaiger die Vorgangsweise des Landes und der Bauernkammer, die

sich auf ein so genanntes Tiroler Modell stützen. Und auf Basis dieser Gutachten wurden die Ausgleichszahlungen jetzt gerichtlich massiv in die Höhe geschraubt. Die Bauern hatten die ursprünglichen Bescheide aus dem Jahr 2008 erfolgreich bekämpft: Statt 346.000 Euro erhalten sie jetzt 2,3 Mio. Euro. Argumentiert wird in den Gutachten auch mit hochwertigen Böden für

den Ackerbau. Das treibt vielen Bürgern die Zornesröte ins Gesicht. Weil zwei der drei Landwirte in St. Johann auf den guten Böden großteils nicht hochwertige Lebensmittel produzieren, sondern Pflanzen für die Biogasgewinnung. Das passe nicht zusammen, heißt es.

Wegen der Gutachten von Sachverständigen und der Landwirtschaftskammer hat

das Landesgericht die Entschädigungen um das Sechseinhalbfache höher angesetzt. „Dass hier so viel Steuergeld aufgewendet werden muss, finde ich nicht richtig“, fügt Schwaiger hinzu. Denn zusätzlich zur Ausgleichszahlung werden im Falle von Überflutungen bei einem 30-jährlichen Hochwasser den betroffenen Bauern überdies alle Ernteauffälle und Flurschäden abgegolten.

„Die Flächen werden massiv entwertet. Das Tiroler Modell ist die Basis für die Entschädigungen.“

LHStv. Josef Geisler/VP
(Agrarreferent)

80 Prozent zahlt übrigens der Bund, zehn Prozent das Land und wie im Fall von St. Johann sechs Prozent die Gemeinden und vier Prozent die Großachengenosenschaft.

Agrarreferent und Bauernbundobmann LHStv. Josef Geisler (VP) versteht die Aufregung nicht: „Die Flächen werden massiv entwertet, auf Basis unseres Inntal-Modells wurden die Entschädigungen berechnet.“ Er warnt vor einer Neiddebatte, Grundbesitzer und Bauern würden das erhalten, „was ihnen rechtlich zusteht“. Nicht mehr und nicht weniger habe das Landesgericht in seinem Grundsatzbeschluss festgestellt.

Diskussion über Hochwasser-Millionen



Hechenberger verteidigt das Entschädigungs-Modell. Foto: Schnegg

Innsbruck – Dass alleine drei Bauern aus St. Johann 2,4 Millionen Euro für ihre Flächen im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutz erhalten, sorgt für Diskussionen. Schließlich werden ihnen darüber hinaus bei einem Hochwasserereignis auch Flurschäden und Ernteauffälle abgegolten. Für SPÖ-Chefin Elisabeth Blanik passt die Verhältnismäßig-

keit nicht zusammen. „Aber offenbar ist das Landesgericht den Sachverständigen-Gutachten gefolgt.“

Landwirtschaftskammerpräsident Josef Hechenberger will nicht auf die Einzelfälle eingehen, aber er verteidigt insgesamt das System. „Es wurde ein seriöses Entschädigungsmodell ausgearbeitet, hier geht es sicher nicht um Klientelpoli-

tik.“ Der Hochwasserschutz sei in Tirol notwendig.

Agrarreferent LHStv. Josef Geisler (VP) spricht erneut von einer massiven Entwertung der landwirtschaftlichen Flächen. „Den Grundbesitzern geht es vielfach gar nicht ums Geld, sie wollen die Grundstücke am liebsten gar nicht als Überflutungsflächen zur Verfügung stellen.“ (pn)